

## Niederschrift

### über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am 20.12.2016 von 17:00 bis 18:30 Uhr

Stimmberechtigte Teilnehmer:

Name, Vorname	Anwesenheit	Funktion
Iacob, Paul		Erster Bürgermeister
Schulte, Nikolaus	ab 17.19 Uhr	Zweiter Bürgermeister
Bader, Wolfgang		Stadtrat
Dr. Böhm, Christoph		Stadtrat
Deckwerth, Ilona	ab 17.13 Uhr	Stadträtin
Dr. Derday, Anni		Stadträtin
Dopfer, Herbert		Stadtrat
Eggensberger, Andreas		Stadtrat
Hipp, Heinz	bis 20.18 Uhr	Stadtrat
Jakob, Michael		Stadtrat
Lax, Ursula		Stadträtin
Peresson, Magnus		Stadtrat
Riedlbauer, Brigitte		Stadträtin
Rothmund, Dagmar		Stadträtin
Schaffrath, Lothar		Stadtrat
Schmück, Michael		Stadtrat
Schneider, Christian		Stadtrat
Waldmann, Georg		Stadtrat

Abwesende Teilnehmer:

Name, Vorname	Grund	Funktion
Ullrich, Andreas	entschuldigt	Dritter Bürgermeister
Doser, Jürgen	entschuldigt	Stadtrat
Eggensberger, Bernhard	entschuldigt	Stadtrat
Gößler Winfried	Entschuldigt	Stadtrat
Hartung, Peter	entschuldigt	Stadtrat
Dr. Metzger, Martin	entschuldigt	Stadtrat
Reicherzer, Kristina	entschuldigt	Stadträtin

Nicht stimmberechtigte Teilnehmer:

Name, Vorname	Anwesenheit	Funktion
Achatz, Maria		Protokollführerin
Angeringer, Armin		Verwaltungsrat
Rist, Andreas		Hauptamtsleiter
Rösler, Tobias		Stadtkämmerer
Schauer, Helmut		Werkleiter

## **öffentliche Tagesordnung**

1. Bauantrag zur Änderung der Freiflächen und der Stellplätze Hiebelerstraße 42; Antrag Nr. 584 vom 15.11.2016 von Stadtrat Dr. Christoph Böhm auf Nachprüfung des Beschlusses des Bau- und Umweltausschusses vom 08.11.2016; Beratung und Beschlussfassung
2. Ansiedlung eines gewerblichen Betriebs (Bodenaufbereitung und -recycling) auf dem Areal der ehemaligen Gärtnerei in Niederried;  
- Änderung des Flächennutzungsplanes  
- Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes  
Beratung und Beschlussfassung
3. Spielplatz im Baumgarten
4. Vollzug der Geschäftsordnung  
Genehmigung der Niederschrift vom 11.10.2016
5. Vollzug der Geschäftsordnung  
Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2016
6. Vollzug der Geschäftsordnung;  
Genehmigung der Niederschrift vom 15.11.2016
7. Anträge, Anfragen
8. Jahresabschluss

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

## **Beschluss Nr. 95**

### **Bauantrag zur Änderung der Freiflächen und der Stellplätze Hiebelerstraße 42; Antrag Nr. 584 vom 15.11.2016 von Stadtrat Dr. Christoph Böhm auf Nachprüfung des Beschlusses des Bau- und Umweltausschusses vom 08.11.2016; Beratung und Beschlussfassung**

#### **Sachverhalt:**

Gemäß Art. 47 Abs. 1 GO beschließt der Gemeinderat in seinen Sitzungen. Dieser ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Zu einer ordnungsgemäßen Ladung gehört die Beifügung der Tagesordnung. Gemäß § 24 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates sind die Beratungsgegenstände einzeln und inhaltlich konkretisiert zu benennen, damit es den Mitgliedern ermöglicht wird, sich auf die Behandlung der jeweiligen Gegenstände vorzubereiten. Angelegenheiten, die nicht in der Tagesordnung bezeichnet sind, könnte der Gemeinderat wegen Art. 47 Abs. 2 GO nicht wirksam behandeln (es sei denn, sämtliche Gemeinderatsmitglieder sind anwesend und kein Gemeinderatsmitglied widerspricht der Behandlung).

#### Zum Sachverhalt:

Für die Bau- und Umweltausschusssitzung am 08.11.2016 wurde am 28.10.2016 ordnungsgemäß geladen. In dieser Sitzung wurden folgende reguläre Stadratsmitglieder vertreten:

Frau Ursula Lax durch Heinz Hipp

und

Herr Bernhard Eggensberger durch Christian Schneider

Die Stadträtinnen Frau Dr. Anni Derday und Frau Dagmar Rothmund waren nicht anwesend und wurden in dieser Sitzung auch nicht vertreten.

In dieser Bau- und Umweltausschusssitzung am 08.11.2016 stand regulär der Antrag der Firma Wirthensohn nicht zur Beratung. Beratungsgegenstände, die nicht ausdrücklich auf der Tagesordnung stehen, können in der betreffenden Sitzung also grundsätzlich nicht behandelt werden. Hiervon gibt es Ausnahmen, u.a.

- eine Angelegenheit ist objektiv dringlich und der beschlussfähige Gemeinderat stimmt der Behandlung mehrheitlich zu,
- oder
- wenn sämtliche Mitglieder des Gemeinderates anwesend sind und kein Gemeinderatsmitglied der Behandlung widerspricht.

Nachdem das Abstimmungsergebnis auf zusätzliche Beratung des Antrages Wirthensohn mit **8 Ja Stimmen und 3 Nein Stimmen** zwar beschlossen wurde, allerdings mit Gegenstimmen. Somit konnte eine Ergänzung der Tagesordnung um diesen Antrag nicht erfolgen.

Es bleibt im Ergebnis festzuhalten, dass der gefasste Beschluss des Bau- und Umweltausschusses mit 6 Ja und 5 Nein Stimmen, die Stellplätze im vorderen Bereich sowie die ersten vier Stellplätze (von östlicher Seite) im Hofbereich mit Rasengittersteinen auszustatten,

sowie die hinteren Stellplätze der Hoffläche eine Befreiung von der Stellplatzsatzung bezüglich der Asphaltierung erteilt wird, unwirksam ist.

Verwaltungsrat Angeringer führt aus:

Aufgrund der vorangegangenen Stellungnahme und des somit unwirksamen Beschlusses des Bau- und Umweltausschusses vom 08.11.2016, wird es den untenstehenden Ausführungen zu folge für erforderlich gehalten den Antrag zur Änderung der Freiflächen und der Stellplätze erneut zur Beratung vorzulegen.

Da im Gegensatz zum Zeitpunkt der Beratung am 04.10.2016 nun seit dem 04.11.2016 vollständige Bauantragsunterlagen vorliegen und weiter beantragt wurde, die Bepflanzung dieses Areals erst zu einem Zeitpunkt durchführen zu dürfen wenn das Nachbargrundstück ebenfalls bebaut ist, um so beide Gelände auf ein Niveau zu bringen ist eine nochmalige Vorlage des Antrages erforderlich.

Zudem wurde bei der Abgabe der weiteren Planunterlagen am 04.11.2016 vom Vertreter des Bauherrn eine komplette stellplatzsatzungskonforme Gestaltung aller Stellplätze nicht für zielführend und zweckmäßig erachtet. Bei den im Hofbereich liegenden Stellplätzen stellt eine asphaltierte Fläche zur Sauberhaltung die zweckmäßigste Lösung dar, da sich in diesem Bereich Container befinden, die in ihrer Umgebung Metall- und Glasreste aufweisen.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass die ostseitigen Besucherstellplätze eine beidseitige Randeingrünung erhalten werden.

Die Verwaltung sowie auch der Vorsitzende des Wirtschaftsbeirates (siehe E-Mail vom 06.12.2016) empfehlen dem Kompromissvorschlag wie bereits in der Sitzung am 08.11.2016 vorgeschlagen, zu beschließen und der späteren Bepflanzung zuzustimmen.

#### **Diskussionsverlauf:**

Stadtrat Dr. Böhm erklärt, dass 12 Stadträte den Antrag gestellt haben. Er hätte ihn anders begründet, aber der Effekt ist der gleiche. Er sehe ein grundsätzliches Problem. Das Vorgehen des Bürgermeisters sei mangelndes Demokratieverständnis und Rechtsstaatlichkeit. Der Antrag auf Befreiung von der Stellplatzsatzung wurde abgelehnt und damit sei er auch abgelehnt. Er sehe vielmehr einen Mißbrauch der Amtsstellung. Die größte Gegnerin Frau Dr. Derday sei an diesem Tag nicht im Stadtrat gewesen und so kam das erhoffte Ergebnis heraus. Der Vorsitzende müsse sich das Vertrauen erst wieder erarbeiten.

Stadträtin Dr. Derday stellt den Antrag, TOP 3 zu verkürzen. Es soll nur die Änderung der Freiflächen behandelt werden. Über die Stellplätze habe man bereits entschieden und es habe sich nichts verändert. Es gebe hier einen gültigen Beschluss. Da helfe es auch nichts, wenn es noch mehrmals auf die Tagesordnung kommt. Hier werde das Recht mit Füßen getreten. Das könne sie nicht mittragen.

Stadtrat Hipp berichtet, dass er nur in der Novembersitzung gewesen sei und hier habe man es so begründet, dass neue Erkenntnisse vorliegen. Er habe nichts Besonderes dabei gefunden. Man sollte sich an der Sache orientieren und nicht an Richtlinien.

Stadträtin Lax stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass nur über die Freiflächen zu beraten sei, das andere sei bereits entschieden. Sie verstehe nicht warum dieser Punkt auf der Tagesordnung stehe.

Hauptamtsleiter Rist weist darauf hin, dass vom Bauamt der Hinweis kam, dass neue Unterlagen eingereicht worden sind und deshalb eine neue Rechtslage entstanden ist.

Verwaltungsrat Angeringer zeigt einen neuen Plan auf dem die neue nordseitige Bepflanzung zu sehen ist. Wenn der Beschluss vom November als unwirksam einzustufen ist, muss neu entschieden werden, zumindest in dem Punkt Freiflächen.

Stadträtin Lax zieht ihren Antrag zurück.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Stadträtin Dr. Derday, den TOP 3 zu verkürzen und nur die Freiflächen zu behandeln mit 16 : 1 Stimmen zu.

**Beschluss:**

Der späteren Bepflanzung des Areals auf der nördlichen Seite zum Zeitpunkt der fertigen Bebauung des Nachbargrundstückes, Stimmt der Stadtrat mit 17 : 0 Stimmen zu.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen	17
Nein-Stimmen	0

**Beschluss  
Nr. 96**

**Ansiedlung eines gewerblichen Betriebs (Bodenaufbereitung und -recycling) auf dem Areal der ehemaligen Gärtnerei in Niederried;  
- Änderung des Flächennutzungsplanes  
- Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes  
Beratung und Beschlussfassung**

**Sachverhalt:**

Auf dem o. a. 21.849 qm großen Areal besteht aufgrund einer Anfrage die grundsätzliche Möglichkeit eine Boden-/Baustoff-Recycling-Anlage mit voraussichtlich ca. 20 bis 30 Mitarbeitern anzusiedeln. Die Fläche befindet sich derzeit im Außenbereich. Zur Ansiedlung ist es notwendig, einen Bebauungsplan aufzustellen. Hierzu ist der Flächennutzungsplan zu ändern.

Nach den Vorgaben des Landesentwicklungsprogrammes Bayern (2013) sind neue Baugebiete grundsätzlich in Anbindung an vorhandene Siedlungseinheiten zu entwickeln. Dazu fand am 14.11.2016 ein Abstimmungsgespräch mit einem Vertreter der Regierung von Schwaben als Landesplanungsbehörde statt. Im Ergebnis hat dazu eine weitere Prüfung zu erfolgen, u.a. ob im Stadtgebiet andere geeignete Standorte vorliegen. Dies ist aufgrund der mit dem Betrieb verbundenen Immissionen nicht der Fall. Mit einem positiven Abschluss der Prüfung ist nach derzeitiger Einschätzung zu rechnen.

Im Gegensatz dazu verfolgt das Bundesministerium der Verteidigung die Übernahme der Fläche durch „Bezeichnung“ der Fläche nach dem Landbeschaffungsgesetz zum Landerwerb zur Arrondierung und Erweiterung des Standortübungsplatzes. Dies stellt die förmliche Vorbereitung der Beschaffung durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dar. Ähnlich eines Planfeststellungsverfahrens ist dies mit einer enteignungsähnlichen Vorwirkung versehen. Gegen den Bescheid läuft derzeit das entsprechende Rechtsmittelverfahren, da derzeit weder eine angemessene Werterstattung erfolgen würde, noch der erklärte Bedarf an Fläche eines Übungsplatzes erreicht werden würde (erforderlich 172,5 ha; derzeit ca. 110 ha, Zuwachs: 2,2 ha).

Demgegenüber stehen Nachteile städtebaulicher Art (optische Außenwirkung der Fläche) etc.. Mit der Betriebsansiedlung könnte dagegen ein in der Region ansässiges Unternehmen in der Stadt Füssen einen Standort gründen, verbunden mit der Bereinigung des aktuell schlechten Zustandes des Areals, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Generierung von Gewerbesteuer und der Deckung des Bedarfs für eine solche Nutzung für die Umgebung. Der Standort ist

verkehrstechnisch günstig gelegen und nicht mit Störungen benachbarter Bebauung durch Immissionen verbunden. Die Lärmbelastung der Umgebung (Schießanlage etc.) stellt kein Hindernis für die geplante Nutzung dar. Aufgrund der ausgehenden Emissionen ist eine Ansiedlung innerhalb eines Gewerbegebietes (GE) nach aktuellem Erkenntnisstand in einem der bestehenden Baugebiete nicht möglich.

Das Unternehmen ist bereit, über einen städtebaulichen Vertrag die mit der Ansiedlung verbundenen Kosten zu tragen.

Lage (Umgebung):



Lageplan mit Abgrenzung der Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplanaufstellung:



#### **Diskussionsverlauf:**

Stadträtin Lax führt aus, dass sie froh sei, dass ein solcher Unternehmer nach Füssen kommen will. Sie fragt was mit der Bundeswehr sei, sie sei wichtig für Füssen. Für sie sei es wichtig, dass dies mit der Bundeswehr abgestimmt sei, um Unstimmigkeiten zu vermeiden.

Der Vorsitzende erklärt, dass er in nichtöffentlicher Sitzung etwas dazu sagen werde.

Hauptamtsleiter Rist führt aus, dass der Stadtrat die Verwaltung beauftragt habe, den Planungsauftrag in die Wege zu leiten. Es finden auch Gespräche mit der BIMA statt.

Stadträtin Lax wirft ein, dass sie das glaube, wenn es so gesagt wird.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mit 17 : 0 Stimmen, die weiteren Maßnahmen zur Ansiedlung einer Boden-/Baustoff-Recycling-Anlage auf den städtischen Grundstücken Flur Nrn. 83/1, 83/3 und 83/4 Gmkg. Weißensee wie folgt einzuleiten:

1. Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird zur Einleitung beschlossen (Aufstellungsbeschluss). Ziel der Planung ist die Darstellung als Baugebietsfläche, die die o. a. Ansiedlung ermöglicht, z. B. in Form eines Sondergebietes für besonders emittierende Betriebe. Die nähere Präzisierung erfolgt im Verfahren.
2. Die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Inhalt wie 1.. Mit dem Projektträger ist ein städtebaulicher Vertrag abzuschließen, der die Übernahme der vollständigen projektbezogenen Kosten regelt.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen	17
Nein-Stimmen	0

**Beschluss  
Nr. 97****Spielplatz im Baumgarten****Sachverhalt:**

Entsprechend dem Antrag Nr.579 vom 21.09.2016 von Herrn StR Bader soll ein Spielplatz im Baumgarten errichtet werden. Bei einer gemeinsamen Begehung am 02.11.2016 wurde besprochen, dass der vorgesehene Standort unterhalb des historischen Wasserschlosses weniger geeignet ist, da diese exponierte Lage prägend für das gesamte Areal wäre.

Da im Baumgarten vor allem abends und nachts wenig soziale Kontrolle durch umliegende Wohnbebauung und Besucherfrequenz stattfindet, sollten robuste, vandalismussichere Geräte zum Einsatz kommen.

Eine Wassermatschanlage ist schwer zu realisieren, da diese ausschließlich mit Leitungswasser betrieben werden darf. Der Installations- und Unterhaltsaufwand wäre für eine Anlage im Baumgarten immens hoch.

**Diskussionsverlauf:**

Stadtrat Bader erklärt, dass sich im Kinder und Jugendbeirat von seiten junger Familien sowie des Kindergartens und Horts erklärt wurde, dass in der Innenstadt ein Mangel an Spielplätzen bestehe. Er berichtet über eine Ortsbesichtigung mit Herrn Wittwer. Vielleicht könnte hier zu 300 Jahre Hl. Magnus ein Drachenspielplatz entstehen. Es gebe auch kritische Stimmen, es sollten keine Häuser und Tunnel gebaut werden, um Vandalismus zu verhindern.

Stadträtin Lax kann diesen Antrag nur unterstützen. Bei der ersten Begehung waren viele junge Mütter und Erzieherinnen dabei. Sie waren alle dafür. Es sei aus der Initiative der Mütter entstanden.

Stadtrat Peresson erinnert daran, dass hier schon einmal ein Spielplatz war, der jedoch gescheitert sei. Der beschriebene Hügel sei ein Bodendenkmal. Diese Schlucht sei der Steinbruch der gesamten Stadt. Hier ziehe es durch. Er schlägt vor, den Spielplatz etwas weiter in Richtung Stadtmauer zu machen.

Stadtrat Dopfer befürwortet einen stadtnahen Spielplatz. Er müsse nach dem Geld fragen. Es sei beschlossen worden, im Weidach einen Spielplatz zu bauen. Was bleibe dann noch übrig.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Spielplatz am Baumgarten für Kleinkinder bis 5 Jahre entstehen soll. Die Kosten werden sich auf ca. 30.000 – 50.000 € belaufen. Es könne noch nicht gesagt werden, wann der Spielplatz gebaut werde und mit welchem Geld. Er nehme es mit als Auftrag.

Zweiter Bürgermeister Schulte bittet hier eine Beleuchtung anzubringen, da es sonst Vandalismus gebe.

Der Vorsitzende ergänzt noch, dass ein Spielplatz nicht nur Wiese sei. Hier müsse auch der Untergrund bearbeitet werden. Es ist dort oft feucht und es müssen ja Fundamente errichtet werden.

Stadtrat Hipp weist darauf hin, dass Pfronten sehr schöne Spielplätze gebaut habe. Vielleicht solle man diese einmal ansehen?

Stadtrat Dr. Böhm findet die Idee sehr gut. 1970 sei dort oben schon einmal ein Spielplatz gewesen. Die Zugänglichkeit für Kinderwagen sei damals sehr schlecht und auch nicht barrierefrei. Außerdem war es dort oben nicht belebt und die Mütter fühlen sich nicht sicher. Die nahe Wiese war voller Hundekot. Es müsse ein Zaun um den Spielplatz gemacht werden. Auch Sitzmöglichkeiten und eine Toilette fehlen. All die aufgezählten Mängel bestehen heute noch. Er ist der Ansicht, dass auch dieser Spielplatz wieder nicht angenommen werde. Es gebe einen Spielplatz im Freybergpark. Hier gebe es einen Zaun, flache Zugänge und Parkmöglichkeiten. Außerdem gebe es im Bahnhof eine Toilette und auch Sitzbänke. Polizeistreifen könnten vorbeischaun und auch ein Cafe sei in der Nähe. Das Geld solle in den Freybergpark gesteckt werden.

Es geben heute andere Kinderwelten als früher. Sie bittet dem Spielplatz zuzustimmen.

Stadtrat Schaffrath gibt zu bedenken, dass der Antrag von Herrn Bader auf Vorschlag von Müttern und Erzieherinnen komme.

Stadtrat Eggensberger kann sich den Spielplatz dort oben sehr gut vorstellen.

Auch Stadträtin Dr. Derday spricht sich für den Spielplatz aus. Sie möchte jedoch dazu die Stellungnahme des Kämmerers hören, insbesondere im Hinblick auf den Funpark.

Kämmerer Rösler sehe diesen Spielplatz nicht für den Haushalt 2017 sondern eher für das Jahr 2018.

Wegen der Parkplätze erklärt Stadtrat Bader, dass der Spielplatz für diejenigen sein solle, die hier wohnen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mit 15 : 2 Stimmen, die Verwaltung mit der Planung eines Spielplatzes an der vorgeschlagenen Stelle zu beauftragen. Mit dem thematischen Vorschlag besteht Einverständnis.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen	15
Nein-Stimmen	2

**Beschluss  
Nr. 98**

**Vollzug der Geschäftsordnung  
Genehmigung der Niederschrift vom 11.10.2016**

**Sachverhalt:**

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.10.2016.

**Beschluss:**

Der Stadtrat genehmigt mit 17 : 0 Stimmen die Niederschrift über die Sitzung vom 11.10.2016.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen	17
Nein-Stimmen	0

**Beschluss  
Nr. 99**

**Vollzug der Geschäftsordnung  
Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2016**

**Sachverhalt:**

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.10.2016.

**Beschluss:**

Der Stadtrat genehmigt mit 17 : 0 Stimmen die Niederschrift über die Sitzung vom 25.10.2016.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen	17
Nein-Stimmen	0

**Beschluss  
Nr. 100**

**Vollzug der Geschäftsordnung;  
Genehmigung der Niederschrift vom 15.11.2016**

**Sachverhalt:**

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15.11.2016.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen	17
Nein-Stimmen	0

**Vormerkung**

**Anträge, Anfragen**

**Sachverhalt:**

**Nichtöffentliche Stadtratssitzungen**

Zweiter Bürgermeister Schulte bemängelt, dass die nichtöffentlichen Sitzungen erst nach 21.00 Uhr beginnen würden. Das sei zu spät. Hier werden z.T. hohe Beträge vergeben. Er bittet eine andere Planung zu machen. Evtl. müsse eine Sondersitzung eingeschoben werden.

Der Vorsitzende antwortet, dass es eben sehr viele Themen gebe.

**Bauzaun in der Luitpoldstraße**

Stadtrat Peresson erinnert an eine Anfrage von Stadtrat Dr. Metzger wegen des Bauzauns in der Luitpoldstraße. Dieser sollte am 01.12.2016 weg sein.

Der Vorsitzende führt aus, dass ihm das auch aufgefallen sei. Er werde morgen den Bauträger anrufen.

Verwaltungsrat Angeringer verweist auf ein Schreiben, in dem zugesichert wurde, bis Weihnachten fertig zu sein.

### **Guggemoswiese**

Stadträtin Dr. Derday führt aus, dass sich auf der Guggemoswiese immer noch die Erdhügel befinden.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese seit letzter Woche abgefahren werden.

### **Bahnhof**

Stadtrat Eggensberger berichtet, dass er am Samstag beim Kaffeetrinken im Bahnhof gewesen sei. Er sei sehr gut gelungen. Auf der Furt für die Schwerbehinderten sei allerdings ein einheimisches Fahrzeug gestanden.

Verwaltungsrat Angeringer erklärt, dass heute die Halteverbotschilder aufgestellt wurden.

### **Attentat in Berlin**

Stadträtin Lax bittet sich aufgrund der Geschehnisse in Berlin zu erheben und eine Gedenkminute einzulegen.

### **Kinderspielplätze**

Stadtrat Dr. Böhm führt aus, dass am Hallenbad ein Spielplatz war, der dann weg gemacht wurde. Jetzt wurde ein Spielplatz eingerichtet im Landschaftsschutzgebiet. Außerdem sei dieser zugeschlossen und nur die Anwohner des Areals zugänglich.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

### **Firma Wirthensohn**

Stadtrat Schaffrath möchte nochmals auf die Firma Wirthensohn zurückkommen. Er habe ein Schreiben des Vorsitzenden des Wirtschaftsbeirates bekommen. Dazu macht er folgende Äußerung: Die Wirtschaftsförderung wie sie meiner Meinung nach die Mehrheit des Stadtrats sehe sei ausbaufähig.

Stadtrat Hipp erklärt, dass nicht im Protokoll gestanden habe, dass hier Rasengittersteine verwendet werden müssen, sondern auch Verbundsteine genommen werden können. Sie müssen durchlässig sein.

### **Bahnhof**

Stadtrat Böhm führt aus, dass es Sprachschwierigkeiten gebe. Es gebe ja keinen Bahnhof mehr. Er schlägt vor, das Gebäude „Schmidhalla“ zu nennen.

## **Vormerkung**

### **Jahresabschluss**

#### **Sachverhalt:**

Der Vorsitzende gibt zum Ende dieser Sitzung eine Statistik über die Sitzungen des Stadtrates bekannt. Sie liegt der Niederschrift bei.

Er führt weiter aus, dass mit dem Zweckverband das Gewerbegebiet gefüllt wurde, ebenso wie das neue Baugebiet im Weidach. Die Einwohnerzahl steigt stetig, derzeit seien es 15.500 Einwohner. Damit entstehen neue Herausforderungen, wie Kindertagesstätten oder Kinderkrippen und ein neues System in den Schulen. Der Straßensanierungsplan müsse in diesem Jahr bearbeitet werden. Vor Jahren sei für Füssen eine positive Entscheidung gefallen, die Klinik Füssen bleibe bestehen. Er sei froh über diese Entscheidung.

Es sei ein Grundsatzbeschluss für einen neuen Kindergarten beschlossen worden.

Die Tourismuszahlen steigen stetig an. Es müsse an einer Qualitätssteigerung gearbeitet werden. Es seien mehr Übernachtungen und auch viele Tagesgäste. Ohne diese Gäste gebe es sicher manche Geschäfte nicht und auch manche Gaststätten. Die Stadt bleibe bei Gästen, auch

aus fernen Ländern, in guter Erinnerung. Dies liege u.a. auch an der guten Pflege der Häuser durch die Hausbesitzer.

Bedauerlich sei, dass sich in den letzten Jahren das Bild der Welt verändert habe. Der Friede war selbstverständlich. Dieses Bild sei verändert worden. Es gebe Gruppen, die aus einem Fanatismus heraus versuchen, dieses Land Europa zu erschüttern und somit auch den Freiheitsgedanken erschüttern. Er erinnert an die Worte von Bundeskanzlerin Merkel, dass wir unseren Freiheitsgedanken, die Liebe und die Kraft zu freiheitlichem Denken nicht erschüttern lassen dürfen. Wir dürfen den Populisten keine Chance geben. Unsere Väter und Mütter haben dieses Land aufgebaut und dies habe man in die Zukunft zu tragen.

Es seien furchtbare Momente, wie das Attentat in Berlin, bei dem 12 Menschen getötet und 48 verletzt wurden und so Angst zu sähen.

Abschließend möchte er sich bei allen bedanken für manch harte Diskussion, bei der man die Toleranz haben solle, die Meinung anderer zu akzeptieren. Er arbeite mit möglichst wenig Ideologien und möchte sich für die Bürger einsetzen.

Er bittet den Stadtrat, sich für die Opfer des Terrors und der Gewalt zu erheben.

Zweiter Bürgermeister Schulte wünscht dem Vorsitzenden im Namen des Stadtrates frohe Weihnachten und alles Gute fürs neue Jahr. Es werde sicher nicht leichter als das alte, vielleicht sollte es manchmal mehr Toleranz geben. Er dankt den Mitarbeitern der Verwaltung. Er gratuliert dem Vorsitzende nachträglich im Namen des Stadtrates zu seinem Geburtstag.

Iacob  
Erster Bürgermeister

Rist  
Protokollführer